

Evangelische Verantwortung

Die neuen Länder haben jetzt eine Alternative zur Jugendweihe: „Die Maiglocke“

Katherina Reiche

Mit der friedlichen Überwindung der SED-Diktatur schien es vielen Beobachtern im Westen als natürlich, dass damit auch die „Jugendweihe“ als wichtiger Bestandteil des DDR-Erziehungssystems und damit des DDR-Herrschaftssystems nach und nach in der Bedeutungslosigkeit verschwinden würde. Die Zahlen 10 Jahre nach der Wende beweisen das Gegenteil: Etwa 60% der ostdeutschen Jugendlichen entscheiden sich für die „Jugendweihe“. Damit erreicht die „Jugendweihe“ ca. fünf mal so viele Jugendliche in den neuen Ländern wie die kirchlichen Angebote Konfirmation und Firmung. Die Zahl der Jugendweiheteilnehmer steigt weiter.

Warum ist diese Entwicklung nicht nur von soziologischem Interesse?

Träger dieser Jugendfeiern sind im wesentlichen die „Interessenvereinigung für humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe e.V.“ und der „Humanistische Verband“. Der „Humanistische Verband“ beschreibt das Apostolische Glaubensbekenntnis folgendermaßen: „Dieses Bekenntnis hält den Erfahrungen und Bekenntnissen des heutigen Menschen nicht stand. Es geht, wie das gesamte christliche Glaubensgut, zurück auf eine vorwissenschaftliche Zeit...“. Auch die Veranstaltungen der Interessenvereinigung sowie der regionalen



Katherina Reiche:
„Wir werden mit der ‚Maiglocke...‘ ein Angebot machen, bei dem eine christliche und demokratische Wertevermittlung auch für konfessionslose Jugendliche im Mittelpunkt steht.“

Vereine wie AWO und „Roter Baum“ knüpfen weitgehend direkt an die traditionellen, sozialistischen Jugendweihen in der DDR an. Nicht zuletzt sind **personelle Kontinuitäten** zu den vormaligen „Jugendweiheausschüssen“ der DDR ein beredtes Zeichen dafür. Aber auch die Art und Weise, wie Jugendliche vom „Humanistischen Verband“ umworben werden und die Durchführung dieser Feiern sind im Kontext der fragwürdi-

gen Kultivierung einer „Ostidentität“ angesiedelt. Vielfach ist eine sublimen bis offene antikirchliche, antibürgerliche oder antikapitalistische Ausrichtung festzustellen. Die Jugend in Ostdeutschland braucht aber keine Anleitung zur Verweigerungshaltung, sondern positive demokratische und ethische Werte.

Wenn sich die Jugendweihe-Veranstalter auf deren Ursprung und Tradition, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen, berufen, so sei daran erinnert, dass diese schon damals bewußt antikirchlich ausgerichtet waren. Die Bedeutung der „Jugendweihe“ in der DDR als Teil des Herrschaftssystems – Jugendliche und Eltern, die sich der „Jugendweihe“ widersetzen waren Repressionen ausgesetzt – wird nirgends thematisiert. Zweifelsohne, es handelt sich bei den Vereinen in vielen Fällen um Vorfelddorganisationen der PDS.

**Bedürfnis für eine
Lebensabschnittsfeier**

Eines darf aber nicht übersehen werden: Die große Resonanz der „Jugend-

Themen:

Editorial	3
Konfirmation	4
Adenauer und der Protestantismus	6
Preußenjahr	9
Lebensbild v. Keler	11

weihe“ erklärt sich in erster Linie aus pragmatischen Gründen. Es besteht ein großer Bedarf an einer **Feier**, die diesen Lebensabschnitt würdigt. Bei den Wenigsten ist die Entscheidung für die Jugendweihe auf ideologische Zustimmung zurückzuführen. Es ist schwierig, Jugendliche, die nicht mit christlichen Eltern oder Großeltern aufgewachsen sind, für eine religiöse Feier zu motivieren. Der Berliner Theologe W. Krötke formulierte einmal, die Menschen im Osten haben „vergessen, dass sie Gott vergessen haben“. Das Sich-Beschäftigen mit Glaubensfragen, Religion oder Kirche wird von ihnen nicht einmal abgelehnt, schlimmer, es ist für sie irrelevant. Ob zu einer Umkehr dieser Entwicklung in Brandenburg nun ausgerechnet das Schulfach „Lebensgestaltung-Ethik-Religion“ beitragen wird, darf bezweifelt werden.

Eltern und Jugendliche entscheiden sich dann – sofern sie eine solche Feier überhaupt wollen – zwangsläufig für die sogenannte „Jugendweihe“ – **in Ermangelung besserer Angebote!**

Was ist also zu tun? Als Christen sollten wir Interesse daran haben, durch eigenes Engagement in dieser Frage die wichtigsten **Säulen unseres Werteverständnisses – Freiheit, Gerechtigkeit und soziale Verantwortung**, auf dem unser Grundgesetz beruht – in christlicher und abendländischer Tradition zu vermitteln. Gerade Familienfeste, bei der sich Eltern und Großeltern, Verwandte und Freunde begegnen, sind eine Möglichkeit, viele Generationen zu erreichen. Es geht nicht um eine „Konfirmation light“. Deshalb sollten vor allem auch religiöse Vokabeln vermieden werden, deren Verwendung und Interpretation Aufgabe der Kirchen bleibt.

Gründung des Vereins „Maiglocke“

Am 3. Januar 2001 ist in Berlin der Trägerverein gegründet worden, in dem Kirchen, Wirtschaft und bürgerliche Parteien zusammengeführt werden. Präsident ist mein Kollege Günter Nooke, zu Stellvertretern wurden der Theologe und SPD-Politiker Richard Schrö-

der, der Religionssoziologe Thomas Brose und ich gewählt. Der Trägerverein hat die Aufgabe zunächst in ausgewählten Städten Ostdeutschlands „**Maiglockenfeste**“ zu organisieren, die aus einer ca. halbjährigen Vorbereitungszeit mit Diskussionen und Gruppenfahrten und einer feierlichen Abschlussveranstaltung bestehen. Flächendeckend werden die Feiern in den neuen Ländern erst ab 2002 angeboten.

Wir werden mit der „Maiglocke“ auf dem Markt der Jugendfeiern ein Angebot machen, bei dem eine christliche und demokratische Wertevermittlung auch für konfessionslose Jugendliche im Mittelpunkt steht.

Von großer Bedeutung ist für den Verein das Verhältnis zu den Kirchen. Deshalb ist folgende Erklärung als Anlage zur Satzung verabschiedet worden:

Erklärung gegenüber den Kirchen

(Anlage zur Satzung vom
3. Januar 2001:
Selbstbindung der Vereinsmitglieder
nach § 2 Absatz 6)

1. Die Mitglieder des Vereins „Maiglocke e. V.“ verstehen sich als christlich orientierte Menschen, die sich in ihrer staatsbürgerlichen Verantwortung insbesondere gegenüber der jungen Generation in der Vorbereitung und Durchführung von „Maiglockenfesten“ engagieren. Die christliche Orientierung der Mitglieder ist Grundlage ihrer Wertevermittlung. Die Mitglieder des Vereins Maiglocke e. V. verstehen ihre Arbeit im Verein ausdrücklich als überparteilich.

2. Diese neue Form von Jugendfesten ist eine Alternative zu den atheistisch orientierten Jugendfeiern und der Fortsetzung der sozialistischen Jugendweihe aus DDR-Zeiten. Die Mitglieder des

Vereins wenden sich gegen diese antichristlichen und antikirchlichen Traditionen und wollen konfessionslose junge Menschen auf die christlichen Grundlagen unserer Kultur, auf Christentum und Kirchen verweisen. Die Mitglieder des Vereins, insbesondere des Präsidiums und des Vorstandes vertreten diese Position auch in der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins und aller Mitglieder erfolgt auf allen Ebenen in Abstimmung und gegenseitiger Information mit den Kirchen.

3. Der Verein strebt ein gutes Verhältnis zu den Kirchen und Kirchengemeinden vor Ort an.

Der Verein wird darauf achten, dass die von ihm veranstalteten Feste von Konfirmation und Firmung deutlich unterschieden bleiben.

Die Symbolik des Namens

Der Namensgebung des Vereins ging ein langer „Brainstorming-Prozess“ voraus, da es mit den Begriffen „Jugend“ und „Feier“ bereits zu viele negative Assoziationen gibt. Die Maiglocke beinhaltet die **Symbole Mai und Glocke**. Der Mai steht für den Prozess des Erwachsenwerdens und Erblühens sowie für den Zeitpunkt der Feier; die Glocke ist ein Zeichen für Christentum und Freiheit.

Der Verein wendet sich an Jugendliche und deren Eltern mit einer wohlwollenden Distanz zur Kirche, die sich aber dennoch den christlichen Traditionen verbunden fühlen. Ich würde mich freuen, wenn die Leserinnen und Leser der „Evangelischen Verantwortung“ den Verein unterstützen könnten. ■

Anm.:

Frau Katherina Reiche ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vize-Präsidentin des Vereins „Maiglocke“



„Ethische Grenzen für die Gentechnologie“

Das neue Jahr geht in seinen zweiten Monat, es ist eigentlich noch „neu“ zu nennen und doch hat sich in der Politik viel ereignet. Jeder von Ihnen wird hier seine eigene Prioritätenliste haben. Ich möchte hier bewusst ausschließlich auf die Arbeit des EAK eingehen.

Der Evangelische Arbeitskreis hat im Januar die Debatte um die vom Kulturstatsminister geäußerte Definition der Menschenwürde aufgegriffen und mit seinen Überlegungen zum Thema die Diskussion für mehrere Tage weitestgehend bestimmt.

Ich habe es als sehr problematisch empfunden, dass Herr Prof. Dr. Nida-Rümelin die Menschenwürde als „kategorisches Argument“ in der Diskussion um das therapeutische Klonen abgelehnt hat. Er weiß zwar um die „vollständige genetische Ausstattung“ des menschlichen Embryos, aber dies ist für ihn eben kein Grund, die Menschenwürde auf den Embryonalzustand auszudehnen. Es hat zu dieser Frage meines Erachtens zurecht eine heftige Debatte in den Zeitungen geben. Für den Kulturstatsminister ist die „Achtung der Menschenwürde dort angebracht, wo die Voraussetzungen erfüllt sind, dass ein menschliches Wesen entwürdigt wird, ihm seine Selbstachtung genommen werden kann“.

Diese Definition ist für mich aber nur schwer nachzuvollziehen und sie ist m.E. von einem christlichen Standpunkt aus mit aller Entschiedenheit abzulehnen, denn die Bindung der Menschenwürde an die Selbstachtung des Individuums

verkürzt die umfassende Vorstellung der Menschenwürde wie sie durch den christlichen Glauben in unserer Gesellschaft normativ geworden ist. Diese besagt, dass jeglicher Mensch, auch der, der noch nicht oder nicht mehr von seiner Gott gegebenen Würde weiß, unantastbar ist.

Mit seinem verkürzten Menschenwürdebegriff öffnet Prof. Nida-Rümelin denen Tor und Tür, die schon jetzt verbal leichtfertig mit dem Lebensrecht von Geistigbehinderten, Koma-Patienten und alten Kranken umgehen. Wer sich so äußert, macht sich meines Erachtens nach zum Steigbügelhalter von Eugeniern und Geneuphorikern, wie dem amerikanischen Nobelpreisträger James D. Watson, der ja unverhohlen den Kampf gegen alles Leben begonnen hat, das behindert sein könnte.

Auf meine Bedenken und die, die von der Kirche und der Ärzteschaft vorgetragen wurden, hat der Kulturstatsminister in wiederum ethisch erstaunlich laxer Weise geantwortet, indem er sagte: Wenn es so wäre, dass Embryonen Träger menschlicher Würde wären, „dann wäre auch die Regelung straffreier Abtreibung in Deutschland mit legalisiertem Mord gleichzusetzen.“ Hier „verheddert“ sich der Minister nun vollends.

Ohne Zweifel wird sowohl dem zum therapeutischen Klonen freigegebenen Embryonen, wie auch dem zur Abtreibung vorgesehenen Fötus, die Menschenwürde geraubt. Dass es sich bei der Abtreibung nicht um legalisierten Mord handelt, liegt allerdings an der langen, intensiven und auch leidvollen Diskussion, die schließlich dazugeführt hat, dass es sich allein aus dem engen Mutter-Kind-Verhältnis ergibt, dass das heranwachsende Leben nicht gegen den Willen der Mutter geschützt werden kann. Der § 218 StGB ist also das Ergebnis einer Rechtsgüterabwägung und auch diese ist für manche Christen nur schwer zu (er)tragen. Mutter und Kind besitzen zwar die Men-

schenswürde, doch wird in einem Konfliktfall die Verantwortung für die Menschenwürde des Kindes der Gewissensentscheidung der Mutter anheim gestellt.

Ein solches Verhältnis zwischen denen, die Embryonen klonen und dem zu klonenden Embryo existiert nicht. Es herrscht keine körperliche und seelische Bindung, die eine Rechtsgüterabwägung zulassen würde. Natürlich wird die Diskussion demnächst genau an dieser Frage geführt werden, ob eine Rechtsgüterabwägung zwischen einem erkrankten Menschen, der Hilfe durch die neue Forschung erfahren könnte, und einem Embryo erlaubt ist.

Auch das 5. Berliner Theologische Gespräch zur „Euthanasie“ hat mich in dem Vorhaben bestärkt, dass wir als Evangelischer Arbeitskreis gerade hinsichtlich der ethischen Diskussion deutlich Stellung beziehen müssen. Es ist sehr erfreulich, dass sich die Evangelische Kirche in vielen Presseerklärungen unserer Meinung angeschlossen hat. Nach einer Zeit des vorsichtigen Dialogs kann ich heute ohne zu zögern feststellen, dass viele Fragen in ähnlicher Weise angegangen werden.

Der Evangelische Arbeitskreis ist in seiner Arbeit mehr denn je für die Meinungsbildung auch innerhalb der CDU wichtig, gerade was diese Fragen betrifft. Ich hoffe, dass dies auch auf der Bundestagung, die im März in Fulda stattfindet, deutlich wird. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich Sie in Fulda begrüßen könnte. Werfen Sie einmal einen Blick auf die letzte Seite dieses Heftes, dort sehen Sie den geplanten Ablauf der Tagung.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie weiterhin mit Zuversicht dieses neue Jahr 2001 gestalten.

Ihr Jochen Borchert, MdB
(Bundesvorsitzender des EAK)

„Maiglocke“ soll Kirchenglocken nicht ersetzen

Axel Noack

Jede wirkliche Alternative zur Jugendweihe ist im Osten Deutschlands formal betrachtet immer auch eine Alternative zur Konfirmation. Das lässt zögern, dem, was der Verein „Maiglocken“ sich vorgenommen hat, vorbehaltlos zuzustimmen. Freilich – und das ist nun der wirklich positive Ansatz –, es wäre unserer Situation überhaupt nicht angemessen, wollte man jeden Jugendweiheteilnehmer nur als einen „verhinderter Konfirmanden“ ansehen und seine Teilnahme als „Konfirmationsverweigerung“ interpretieren. Dort, wo die Konfirmation das „Normale“ und die Jugendweihe die Ausnahme darstellt, müssen Einschätzung und Beurteilung einfach anders ausfallen, als im Osten Deutschlands.

1. Wenn die Konfirmation nicht der Normalfall ist

Für die ostdeutsche „Normalfamilie“ sind Konfirmation und Jugendweihe keine echte Alternative. Jedenfalls dürfte nur in den aller seltensten Fällen in den Familien diese Alternative diskutiert werden. Schon die Eltern der heutigen Eltern haben – weil es eben nicht opportun war und mit einer Reihe von Nachteilen verbunden war – damit aufgehört, als Christen zu leben. Sie brauchten dazu nicht aus der Kirche auszutreten. Sie brauchten nur ihre Kinder nicht mehr taufen oder konfirmieren zu lassen, und ganz schnell war in der nächsten Generation eine Entfremdung und in der übernächsten ein „Nichtverhältnis“ zu Kirche und Glauben eingetreten.

Wer eine Anschauung davon braucht, was passiert, wenn die Familien nur zwei Generationen lang als Transporteur von Glauben und Überzeugung ausfallen, braucht sich nur im Osten umzusehen. Wo Eltern und Großeltern



Axel Noack:
„Ohne geschichtslos zu werden, muss uns die Liebe zu dem jungen Menschen drängen, nach neuen Wegen zu suchen.“

sich an ihren eigenen Kontakt zur Kirche nicht einmal mehr erinnern, dürfte auch die Frage nach der möglichen Konfirmation von Tochter oder Enkelsohn überhaupt keine Rolle spielen.

2. Nah bei den Menschen und klar in der Sache

Hinsichtlich derjenigen Menschen, die zu keiner Kirche gehören, also den sogenannten „Konfessionslosen“, gibt es nämlich auffällige Ost-West-Unterschiede. Konfessionslose im Westen sind in der Regel aus der Kirche ausgetreten, vielleicht aus Zorn auf die Kirche oder aus Ärger über den Pfarrer oder die hohen Kirchensteuern. Konfessionslose im Osten dagegen sind nie aus einer Kirche ausgetreten, weil sie nie drin waren. Sie haben nie eine Stunde Religionsunterricht besucht und eigentlich auch keinen Zorn auf die Kirche. Kirche ist ihnen gleichgültig. Wer also im Osten zur Jugendweihe geht, und die meisten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind unter diese Gruppe der

„Konfessionslosen“ zu rechnen, ist nicht ein verhinderter Konfirmand.

Am Thema der Jugendweihe und unserer kirchlichen Reaktion darauf lässt sich die Grundproblematik verdeutlichen, vor der unsere Kirchen im Osten heute stehen. Letztlich muss es uns um die Frage gehen, wie wir die vielen Menschen außerhalb unserer Kirche erreichen können. Wenn wir missionarische Kirche sein wollen, muss es uns auch um die Menschen gehen, die jetzt scharenweise freiwillig an der Jugendweihe teilnehmen. Andere Menschen haben wir nicht. Die Frage, wie offen und wie intensiv wir auf die Menschen um uns her wirklich zugehen, ist zur Schlüsselfrage geworden. Die gewollte Nähe zu den Menschen birgt immer auch die Gefahr der kritiklosen Anpassung in sich. Wenn es die Kirche allen Menschen recht machen will, macht sie es einem bestimmt nicht recht, nämlich dem Herrn der Kirche.

Im Blick auf die Konfirmation erleben wir die stetige Versuchung, die Schwelle möglichst niedrig zu hängen. Im Westen bedeutet das, dass man den Konfirmandenunterricht stark verkürzt und in seinem Gewicht deutlich abmildert. Im Osten besteht im Blick auf die große Zahl der Jugendweihen die Gefahr, aus der guten Absicht, den Menschen entgegenzukommen, eine „Konfirmation light“ zu veranstalten.

Gerade im Blick auf die jungen Menschen muss es uns immer auch um Inhalte gehen. Das wollen und dürfen wir ihnen nicht ersparen. Das ist auch der eigentliche Grund, die jungen Menschen zum Konfirmandenunterricht einzuladen. Hier erfahren sie Wichtiges für ihr Leben, und wir halten die Hilfe zum Glauben für eine wirkliche und konkrete Hilfe zum Leben in dieser Welt. Da dürfen gerade wir Kirchen im Osten nicht zu zurückhaltend sein. Wir haben aus der verständlichen Sorge davor, nach dem Ende der DDR kirchlicherseits zu indoktrinieren, uns manchmal eine zu große Zurückhaltung auferlegt.

Die Mission muss unser Thema werden, und wir werden Menschen nur dann dringlich zu Unterricht, Taufe und Konfirmation einladen, wenn wir aus unserer Überzeugung keinen Hehl machen, dass Menschen eine Überzeugungs-

und Werteorientierung brauchen und dass der Glaube an Jesus Christus eine solche Orientierung bietet, mit der man gut und froh leben kann. Und wenn Gott selbst will, „dass allen Menschen geholfen werde“ (1. Timotheus 2,4), gilt das eben auch für die Jugendweiheteilnehmer. Deshalb brauchen wir eine werbende Öffnung des Unterrichtes.

3. Konfirmandenunterricht als Angebot für alle

Genaueres Hinsehen zeigt nämlich, dass die Menschen auch im Osten religiösen Themen und Fragestellungen, aber auch „heiligen Handlungen“ gegenüber nicht feindlich eingestellt sind. Manche sprechen geradezu von einer größeren Aufgeschlossenheit solchen Fragen gegenüber. Allerdings scheint es auch typisch für den Osten zu sein, dass unter den Menschen eine große **Bindungsscheu** herrscht. „Ich unterschreibe gar nichts mehr!“, kann man sehr oft hören. Die zögerliche bzw. ablehnende Haltung der Konfirmation gegenüber gründet vor allem darin, dass Taufe und Konfirmation Kirchenmitgliedschaft begründen.

Taufe geschieht immer in eine konkrete Kirche hinein und Konfirmation befestigt diesen Schritt. Wenn diese Situationsbeschreibung stimmt, dann sollten unsere Kirchen offen zum Konfirmandenunterricht einladen. Der Unterricht bleibt dabei die notwendige Voraussetzung für die Konfirmation, aber die Konfirmation muss nicht „zwangsläufig“ auf den Konfirmandenunterricht folgen. Es muss möglich sein, am Unterricht teilzunehmen, sich aber nicht konfirmieren zu lassen. Theoretisch geht das natürlich schon immer, aber in der Praxis des Gemeindelebens ist es für die Pfarrerinnen und Pfarrer bis heute eine herbe menschliche Enttäuschung, wenn Kinder, die zum Kinderkreis und Kinderchor kommen, wegbleiben, je näher die Konfirmation rückt, weil sie sich nicht konfirmieren lassen wollen bzw. es von ihren Eltern aus nicht dürfen.

Freilich darf es auch nicht so sein, dass der Unterricht dadurch unverbindlich wird. Wer einen „**Konfirmandenkurs**“ belegt, sollte daran regelmäßig teilnehmen, ihn auch mit einer Prüfung abschließen. Ein „**Zertifikat**“ könnte erfolgreiche Teilnahme und Prüfung bestätigen. Mit diesem

„Zertifikat“ sollte es möglich sein, sich zu einem späteren Zeitpunkt zur Konfirmation zu melden. Dieser Weg setzt voraus, dass alle Eltern gründlich über die Inhalte des Konfirmandenunterrichtes informiert und ihre Kinder zur Teilnahme eingeladen werden. Es muss uns um die jungen Menschen selbst gehen und nicht in erster Linie um unsere Kirche, auch wenn die sich überhaupt nicht schämen muss und dafür auch offen werben sollte, dass die Kirchenmitglieder brauchen, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen wollen.

4. Die Gesellschaft braucht Menschen, die aus einer Überzeugung heraus leben

Mit der beschriebenen „Bindungsscheu“ hängt ein weiteres Phänomen ganz eng zusammen. Mit einer vollzogenen Kirchenmitgliedschaft geht man ja auch öffentlich sichtbar eine Selbstbindung an eine auf eine Überzeugung gegründete Lebensweise ein. Das ist vielen Menschen fremd. Wir spüren das besonders deutlich in Diskussionen mit Eltern. Sie sind fest davon überzeugt, dass ihre Kinder möglichst viel wissen und können sollen. Aber vielen, sogar christlichen Eltern will überhaupt nicht einleuchten, dass sie die Aufgabe haben, ihren Kindern nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern auch Überzeugungen vorleben müssen.

Im Streit um den **Religionsunterricht** in den Schulen geht es letztlich darum, dass viele bestreiten, dass ein überzeugungsbildender Unterricht überhaupt nötig sei. „Das soll mein Kind später einmal selbst entscheiden!“, ist ein oft gehörter, aber letztlich unsinniger Satz – als wollte ich meinen Kindern sagen: bis ihr erwachsen seid, sprechen wir nur Esperanto miteinander. Später entscheidet ihr euch für eine **Muttersprache**. Das geht nicht. Jeder Mensch braucht eine Muttersprache, und die muss ihm von seinen Eltern vorgegeben werden. Manche wachsen zweisprachig auf. Das kann ein Vorteil sein. Andere wechseln auch mal die Muttersprache, das wird selten vorkommen. Fremdsprachen zu erlernen, ist äußerst sinnvoll, aber dazu bedarf es auch einer Muttersprache. Ganz ähnlich verhält es sich mit Überzeugungen und Einstellungen, mit dem Glauben. Eltern müssen für ihre Kinder etwas wollen und vorleben. Sie müssen sprechen! Dabei ist doch die Vermittlung

von Überzeugungen, Haltungen und Einstellungen genauso wichtig wie die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten.

5. Das Bedürfnis nach „Feierlichkeit“ ernst nehmen

Freilich sind damit längst nicht alle Fragen beantwortet. Vor allem wird mit der Einladung zum Konfirmandenunterricht das Bedürfnis nach einer Feier zur „Lebenswende“ nicht befriedigt, das selbst bei den meisten Menschen im Osten doch stark vorhanden ist. Man sollte dieses Bedürfnis auch nicht lächerlich machen oder als „**Religionsersatz**“ kritisieren. Es wäre auch zu einfach, wollte man die Feier allein auf die „Geschenke“ reduzieren. Der oft gehörte Satz (von Konfirmanden und Jugendweiheteilnehmern!) „Nur Bares ist Wahres!“ drückt zwar eine betont materialistische Grundeinstellung zu Konfirmation und Jugendweihe aus, aber man täusche sich nicht: Die jungen Menschen und ihre Eltern erleben den Schritt zum „**Erwachsenwerden**“ durchaus als Einschnitt, als Umbruchsituation, und ihre Sehnsucht richtet sich durchaus auch auf Wegweisung und Begleitung.

Wenn wir als Kirche diese Bedürfnisse wirklich ernst nehmen und wenn wir die Menschen um uns herum von Herzen mögen, auch wenn sie sich nicht für eine Kirchenmitgliedschaft entscheiden, dann sollten wir als Kirche auch gelassener auf die Jugendweihen und auf andere Formen, etwa Jugendfeiern, andere Vereine und also auch auf das Vorhaben von „**Maiglocke**“ reagieren. Wenn wir vor allem die jungen Menschen selbst in den Blick nehmen, dann müssen wir für alle Erwachsenen, alle Vereine und Einrichtungen und seien es Jugendweihvereine dankbar sein, die sich um junge Menschen kümmern und mühen und ihnen mehr mitgeben wollen als technische Fertigkeiten und materielle Interessen. Die Konfirmation gewinnt nicht dadurch, dass wir andere Feiern verächtlich machen oder boykottieren, indem wir von Christen erwarten, dort nicht hinzugehen oder als Redner aufzutreten.

6. Freilich: Wir können aus unserer Geschichte nicht aussteigen

Leider, und das ist der große Wehrmutstropfen: wir können nicht einfach aus der

Geschichte aussteigen, und die Geschichte von Jugendweihe und Konfirmation ist eine besonders belastete Geschichte. Die heutigen Großeltern, die sich in unseren Kirchengemeinden engagieren, z. B. in unseren Kirchenvorständen, sind von den Auseinandersetzungen stark geprägt. Bis heute erzählen sie davon, wie sie sich als Eltern nächtelang im Bett gewälzt haben und darum gerungen und gebetet haben, ob sie ihre Kinder zur Jugendweihe schicken sollen oder nicht. Aus Ängstlichkeit und aus Liebe zu ihren Kindern, die sie in der Schule nicht zu Außenseitern machen wollten, haben sie es zumeist getan. Nicht selten stehen sie, die wie alle Eltern für ihre Kinder das Beste gewollt haben, nun im Alter vor der Tatsache, dass ihre Kinder sich von der Kirche abgewandt und ihre Enkel nicht den kleinsten Kontakt zur Kirche mehr haben. Im anderen, viel selteneren Fall haben sie sich gegen die Jugendweihe entschieden und haben sich viel Ärger im Betrieb und in der Schule der Kinder eingehandelt – einen Ärger, an dem die Kinder heute noch tragen, denn kein „SED-Unrechtsbereinigungsgesetz“ kann ein verweigertes Abitur, Studium oder eine Promotion heute mehr ausgleichen und „wiedergutmachen“.

Das alles bedeutet, dass wir als Kirche eben nicht einfach über die Vergangenheit hinweggehen können, auch wenn von den jungen Leuten, die heute zur Jugendweihe gehen, kein „Unrechtsbewusstsein“ erwartet werden darf. Die haben mit der Geschichte nichts zu tun.

Ohne geschichtslos zu werden, muss uns die Liebe zu den jungen Menschen drängen, nach neuen Wegen zu suchen. Martin Luther sagt das drastisch so: „Es ist eine schändliche Verachtung Gottes, dass wir unseren Kindern solche herrlichen göttlichen Werke nicht gönnen und stecken sie allein in des Bauches und Geizes Dienst. Lassen sie nichts lernen, denn Nahrung suchen, gleichwie eine Sau mit der Nase immer im Dreck wühlen muss. Und erziehen sie nicht zu einem würdigen Stand und Wesen. Wir müssen gewiss unsinnig sein oder haben unsere Kinder nicht recht lieb.“ ■

Anm.:

Axel Noack ist Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

Konrad Adenauer und die Kirchen, der erste Bundeskanzler und der Protestantismus

Dr. Hans Peter Mensing

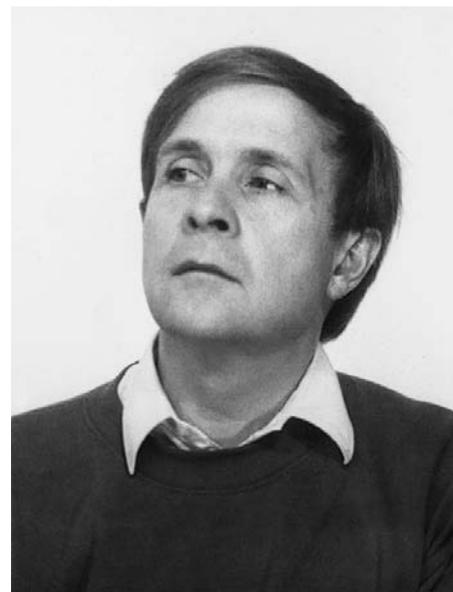
Der 125. Geburtstag Konrad Adenauers am 5. Januar und das nun beginnende Adenauer-Jahr 2001 bringen die andauernde Bedeutung und Aktualität seines Lebenswerks erneut sehr nachhaltig ins Bewusstsein: So sehr der erste Bundeskanzler (1949-1963) und Gründungsvorsitzende der CDU (1950-1966) auch sonst, immer noch und immer wieder, in öffentlichen Auseinandersetzungen präsent ist und so stark die von ihm und in seiner Zeit geschaffenen Grundlagen der inneren und äußeren Neuordnung in unsere Gegenwart hineinwirken.

In diesen Wochen gehen die Erinnerungen aber auch an den Privatmann Adenauer zurück, der im Staatsmann stets präsent war und in den politischen Funktionen die persönliche Vorbildfunktion erfüllte. Von einem französischen Journalisten befragt, 'welchen deutschen Mann er am meisten bewundere', gestand er einmal: „... das ist eine sehr schwere Frage, die ich Ihnen, ehrlich gesagt, gar nicht beantworten kann. Ich finde, die deutsche Geschichte hat seit Jahrzehnten doch keine Leute hervorgebracht, die man nun über alles in der Welt bewundern könnte, und, ehrlich gestanden, ich finde einen Mann oder eine Frau, die aus Nächstenliebe alles für die Nächsten tun, größer als einen Staatsmann.“

Die Handlungsmaximen Adenauers

Da versteht man den Wortwechsel mit Winston Churchill besser, der aus den fünfziger Jahren überliefert ist. Zunächst sein britischer Partner: „Sie sind der größte deutsche Staatsmann seit Bismarck“ – dann die Replik des Kanzlers: „Das will nicht viel heißen, Sir Winston!“

Im Rhöndorfer Adenauerhaus, seinem Domizil der letzten drei Lebensjahr-



Dr. Hans Peter Mensing

zehnte (seither Mittelpunkt der bundesunmittelbaren und parteiunabhängigen Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus), und in den vielschichtigen Überlieferungen seines Nachlasses ist die Verwurzelung in Familienleben und praktiziertem Christentum offenkundig. Dort brachte er in der Zeit des Nationalsozialismus – in den Jahren der Anfeindung, ständiger Gefahr und der Verfolgung – seine Handlungsmaximen zu Papier, die uns wie kaum ein anderes Dokument den „anderen“ und eigentlichen, um Glauben und Glaubwürdigkeit bemühten Adenauer vor Augen führen: „1. Vertrau auf Gott im Glück und im Unglück./ 2. Erfülle deine Pflicht./ 3. Halte Maß in allem! / 4. Liebe deinen Nächsten in Wort und Tat./ 5. Halte Ordnung in inneren und äußeren Dingen./ 6. Was du tust, tue ganz! Zersplittere dich nicht!“

Der „christliche Staatsmann“

Was heute altbacken und bieder klingen mag, machte im zerstörten Nachkriegsdeutschland durchaus eines seiner Erfolgs- und Popularitätsgeheimnisse aus

und gab in der großen Orientierungslosigkeit nach den Katastrophen der vorangegangenen Jahrzehnte Anhaltspunkte zur Rückbesinnung auf einen **Kanon elementarer Tugenden**. Zugleich führen die grundlegenden Wertvorstellungen des „christlichen Staatsmannes“ (als der er sich gerne verstanden wissen wollte) in seine Kindheit zurück; denn die „Eindrücke im Elternhaus“ – so Adenauer wiederholt in Interviews, Reden und Weihnachtsansprachen – „sind bestimmend für das Leben eines Menschen. Meine Eltern waren fromm und hielten uns Kinder zu einer christlichen Lebensführung an. ... Wir wurden gottesfürchtig erzogen. In der Familie war echte Frömmigkeit. Vater und Mutter gingen in allem mit gutem Beispiel voran.“

Ökumenische Erfahrungen

‘In allem’ schließt, weit ab vom kirchenfrommen Klerikalismus (der dem rheinischen Katholiken Konrad Adenauer oft unterstellt wurde), ökumenische Erfahrungen ein, da er mütterlicherseits der evangelischen Familie Scharfenberg entstammte, die ursprünglich in Thüringen beheimatet war. Auch seine zweite Frau Gussie kam aus einem protestantischen Elternhaus, konvertierte zwar wegen der Eheschließung 1919 zum Katholizismus, verleugnete aber die Traditionen, in denen sie groß geworden war, nie – mit nicht unerheblichen Auswirkungen auf Adenauers eigene Religiosität, in der ihn beispielsweise stark beschäftigte, ob die richtige Übersetzung der Vaterunser-Bitte, anders als bei Luther, nicht „... und führe uns nicht in Versuchung ...“, sondern „... und in der Versuchung führe uns...“ lauten müsse.

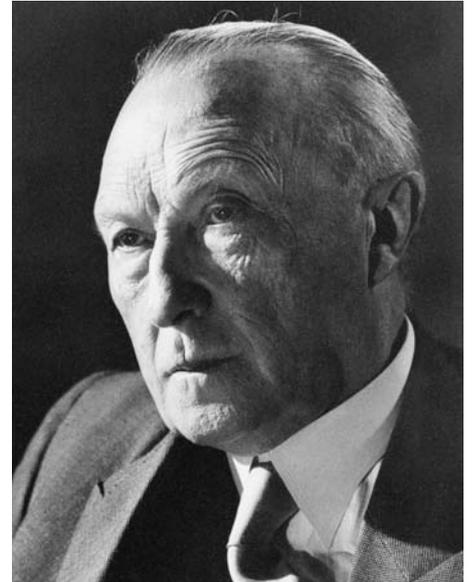
Im ökumenischen Grundmotiv seiner persönlichen Entwicklung und seiner politischen Biographie kamen Adenauer weitere Erfahrungen im weltoffenen, toleranten Milieu seiner Heimatstadt Köln zugute, besonders durch den Umgang mit protestantischen Christen wie dem **Bankier Robert Pferdmenes** (einem seiner evangelischen Partner bei der CDU-Gründung 1945). Eine Episode veranschaulicht dies besser als jede programmatische Absichtserklärung. An einem Karfreitag in den frühen

zwanziger Jahren fuhr Pferdmenes mit seinem Sohn Heinz (der sich noch Jahrzehnte später an diese Begebenheit erinnerte), „zufällig an einem Fußballplatz vorbei und sah zu seinem Ärger, dass dort gespielt und zugesehen wurde. Er schrieb an Oberbürgermeister Adenauer, dass er es für richtig halte, wenn der höchste protestantische Feiertag fortan in Köln ebenso respektiert werde wie alle katholischen. Umgehend antwortete ihm der Oberbürgermeister, wie sehr er den Vorfall bedauere, der sich nicht wiederholen solle. Von diesem Datum an datiert die Freundschaft der beiden“ (aus der gegen Lebensende Adenauers einzige Duzfreundschaft werden sollte).

Die Heirat mit Gussie 1919, die enge Verbindung zu Pferdmenes ab 1921: Beides illustriert sehr schön die zentralen, aus eigener Lebenspraxis abgeleiteten Sätze in seiner Eröffnungsrede als Präsident des 62. Deutschen Katholikentags vom 28. August 1922: „Wir müssen beim Kampfe für die Geltung der christlichen Grundsätze in den öffentlichen Dingen bei den **Nichtkatholiken Bundesgenossen** suchen Vielleicht oder sogar sicher haben wir uns früher zu sehr für uns von den Nichtkatholiken ferngehalten. Soweit wir das irgendwie können“, so der Appell des 46jährigen, „müssen wir mit Bestrebungen Gleichgesinnter im evangelischen Lager Hand in Hand gehen und suchen, uns gegenseitig zu unterstützen und zu fördern.“

Zusammenarbeit der Konfessionen

„Im Jahre 1922 ist meine Forderung nach einer politischen Zusammenarbeit der Christen beider Konfessionen in vielen Kreisen sowohl auf katholischer als auch auf evangelischer Seite als erstaunlich empfunden worden“: Mit diesen Worten kommentierte Adenauer im Juni 1956, nun im Zenit der Kanzlerzeit, vor der Hermann-Ehlers-Gesellschaft seinerseits den visionären Entwurf der frühen Jahre. Um so energischer hatte er sich im zurückliegenden ersten Nachkriegsjahrzehnt dafür eingesetzt – im Entstehungsprozess der CDU/CSU 1945/46 bis hin zur **Gründung ihres Evangelischen Arbeitskreises 1952** –, dem **interkonfessionellen Unionsideal** ein für allemal Gültigkeit zu verschaffen;



denn das C im Parteinamen bedeutete „keine religiöse Ausschließlichkeit, und schon gar nicht eine katholische; das ‘Christlich’ sollte ja gerade Katholiken und Protestanten umschließen und sei vor allem als programmatische Abkehr von der Unchristlichkeit des Naziregimes in den Parteinamen aufgenommen worden“ (1957 zum österreichischen Publizisten Friedrich Torberg).

So erwies sich „die Zusammenarbeit der Konfessionen nach dem Zusammenbruch Deutschlands [als] der vielleicht bedeutendste innenpolitische Vorgang seit Jahrhunderten. Wenn dies, was wir in die Tat umzusetzen versuchen, von Dauer ist, werden wir nicht weniger erreichen als die Beendigung einer Spaltung und Zerrissenheit, die durch vier Jahrhunderte hindurch das deutsche Volksleben – oft bis in die Familien hinein – in Mitleidenschaft gezogen hat. ... Wir haben uns dafür entschieden, in der Politik das uns Christen Gemeinsame herauszustellen und die Zugehörigkeit zur Konfession hinter diesem Gemeinsamen zurücktreten zu lassen“ (1956).

Überzeugter Katholik, aber kein Klerikaler

Der Gesamteindruck wird durch Detailbeobachtungen bestätigt. Eine dieser Miniaturen verdanken wir **Carlo Schmid**, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Parlamentarischen Rat, dessen Präsidentschaft bei Adenauer lag (1948/49). Um zu dokumentieren, „dass Konrad Adenauer, der überzeug-

te Katholik, kein Klerikaler war“, schildert Schmid in seinen Memoiren eine Begebenheit, die Adenauers Verhalten bei den überaus komplizierten Grundgesetz-Verhandlungen über Reichskonkordat, Eltern- und Schulrecht und mehr noch sein selbstbewusst-distanziertes Verhältnis zur eigenen Amtskirche ver-

anschaulicht: „Der Vertreter der deutschen Bischofskonferenz, Prälat Böhler aus Köln, meinte zu dem erreichten Kompromiss: 'Meine Herren, dazu wird die Kirche nie Ja sagen!' Prompt Adenauers Antwort: 'Herr Prälat, zu solchen Dingen hat die Kirche weder Ja noch Nein zu sagen, höchstens Amen!'“ ■

Anm.:
Dr. Hans Peter Mensing ist Leiter des Editionsbereichs der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus. Der Artikel stützt sich auf seinen Beitrag: Adenauer und der Protestantismus, in: Ulrich von Hehl (Hrsg.), Adenauer und die Kirchen, Bonn 1999, S. 43-60.

EAK als Brücke zwischen CDU und Kirche

Interview mit dem Dürener CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel, der von der Kirchenleitung in die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland berufen worden ist. Er ist Landesvorsitzender des 40.000 Mitglieder umfassenden Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Nordrhein-Westfalen. Mit Thomas Rachel, der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bildung und Forschung ist, wurde seit Jahrzehnten zum ersten Mal ein Politiker der CDU NRW in die Evangelische Landessynode berufen.

Worin unterscheidet sich eine Synode von der Arbeit im Deutschen Bundestag?

Zunächst hat mich auf der Landessynode der Evangelischen Kirche der Respekt beeindruckt, mit dem auf andere, widerstreitende Meinungen reagiert wird. Dies unterscheidet sich von der oft polemischen, manchmal verletzenden Diskussion, wie sie – leider – im Bundestag zu finden ist. Auffallend ist auch die ausgeprägte Bereitschaft auf einer Evangelischen Synode, anderen zuzuhören, und dies von frühmorgens bis spät in den Abend.

Ein anderer wesentlicher Unterschied ist die Art des Entscheidens. Während in der Politik mit 50 Prozent plus 1 Stimme entschieden wird, ist der für eine Synode typische Entscheidungsprozess der einer breitestmöglichen Konsensbildung. Es wird auch auf einer Synode im Notfall per knapper Mehrheit entschieden. Dies ist aber nicht die Regel. Es ist das Bemühen aller Synodaler, durch eigene Kompromissbereitschaft zur Erarbeitung eines Konsenses beizutragen.

Welche Gründe haben für Ihre Berufung als Landessynodaler durch die Landeskirchenleitung eine Rolle gespielt?

Letztlich kann diese Frage nur die Landeskirchenleitung selber beantworten.

Zweifelsohne hat aber eine Rolle gespielt, dass ich mich als Landesvorsitzender des EAK von Nordrhein-Westfalen seit 5 Jahren um eine neue Offenheit der CDU im Dialog mit der Evangelischen Kirche bemühe. Ich denke, dass Kirche und CDU sich gegenseitig etwas zu sagen haben. Beide Seiten spüren, dass sie davon profitieren.

Sicherlich war auch von Bedeutung, dass bislang vorzugsweise sozialdemokratische Politiker berufen wurden, so beispielsweise auch der jetzige Bundespräsident Johannes Rau, dessen Nachfolge der jetzige nordrhein-westfälische Innenminister Fritz Behrens (SPD) angetreten hat. Auch dies wurde bei der Auswahl eines Christdemokraten gewiss berücksichtigt. Ohne Zweifel wird durch die Berufung in die Landessynode auch der ganze Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU in NRW in seiner Arbeit gestärkt.

Wie haben die Synodalen Sie aufgenommen?

Neugierig und sehr offen. Nach meinem Redebeitrag auf der Evangelischen Landessynode zum Spannungsfeld von Chancen und ethischen Risiken der Gentechnologie haben mich eine ganze Reihe von Synodalen angesprochen. Sie waren offensichtlich erstaunt über die differenzierte Be-

trachtungsweise eines CDU-Bundestagsabgeordneten zu diesem schwierigen Thema.

Mancher hatte offensichtlich ein anderes Bild von Politikern der CDU.

Macht es überhaupt Sinn, Politiker in eine evangelische Synode zu berufen?

Ich denke ja. Sie sind ein vielleicht wichtiger Mosaikstein in einer Synode, wenn diese sich darum bemüht, Erfahrungswissen und Nähe zu Problemen aus dem beruflichen und politischen Leben zu integrieren. Wichtig ist, verstärkt auch Vertreter aus der Wirtschaft, der Medizin und anderen Berufsfeldern in die Synode einzubinden und ihr damit mehr Bodenhaftung zu verleihen. Voraussetzung ist natürlich, dass sie sich dem Kreuz und Jesus Christus verpflichtet fühlen.

Das Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und CDU war in den letzten Jahren eher abgekühlt. Wird sich das ändern?

Tatsächlich hat es in der Vergangenheit so manche Vorurteile auf beiden Seiten gegeben. Eine besondere Belastungsprobe war die Phase der Nachrüstung im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses, als sich maßgebliche Teile



der evangelischen Kirche mit pazifistischen Argumenten gegen die von der CDU beschlossene Politik ausgesprochen hatten. Spätestens der Beschluss der EKD zum Bundeswehreinsetz im Kosovo hat aber gezeigt, dass sich eine – vielleicht realitätsnähere – und differenziertere Position in der Kirche durchgesetzt hat. Die Gentechnologie ist ein weiteres aktuelles Beispiel dafür, warum das unmittelbare Gespräch zwischen evangelischer Kirche und CDU auf Synoden und bei anderen Anlässen notwendig und sinnvoll ist.

Inwieweit sind die Probleme der Gentechnologie ein besonderer Anknüpfungspunkt zwischen evangelischer Kirche und CDU?

Kirche und Union finden gerade zu Beginn des 21. Jahrhunderts angesichts der umwälzenden technologischen Veränderungen wieder zueinander. Im Gegensatz zur SPD und zu den Libera-

len sind es gerade die Christdemokraten, die sehr wohl ethische Mindeststandards auch in der Forschung einfordern. Ich begrüße es sehr, dass sich gerade in diesen Tagen der EKD-Ratsvorsitzende Präses Manfred Kock sehr nachdrücklich in diesem Zusammenhang für die Einhaltung von Werten ausgesprochen hat. Wir brauchen endlich eine große öffentliche Diskussion in unserer Gesellschaft sowohl über die Chancen der Gentechnologie als auch über die Gefahren, die man nicht einfach mit der linken Hand vom Tisch fegen kann. In meinen Augen muss dabei auch die Wirkung der neuen technologischen Möglichkeiten auf das künftige Menschenbild unserer Gesellschaft beachtet werden. Gerade hier sind beide Kirchen und die CDU besonders gefordert

Wo werden Sie in der Arbeit der Synode Ihren inhaltlichen Schwerpunkt setzen?

Ich freue mich, als Landessynodaler auf anstehende Probleme und Entscheidungsnotwendigkeiten in der Politik aufmerksam machen zu können. Verständlicherweise sind auch der Kirche nicht immer alle Entscheidungsprozesse und Aspekte bewusst und bekannt, die in die Entscheidungsfindung von Regierung oder Parlament einfließen. Wenn ich hier einen Beitrag leisten kann, Erfahrungen aus dem Deutschen Bundestag in die Evangelische Kirche einbringen zu können, würde mich dies freuen. Thematischer Schwerpunkt meiner Arbeit werden die ethischen Herausforderungen durch die neuen Technologien, aber auch die Notwendigkeit einer neuen inhaltlichen Fundierung der Bildungspolitik sein.

Diese Interviewfragen stellte der Bundesgeschäftsführer des EAK, Dr. Bernhard Felmberg, dem Synodalen Thomas Rachel, MdB.

Preußen im deutschen Geschichtsbewusstsein

Prof. Dr. phil. Wolfgang Stribny

Am 18. Januar 1701 krönte sich der bisherige brandenburgische Kurfürst und Herzog in Preußen Friedrich III. in Königsberg (Preußen) zum König Friedrich I. in Preußen. Er war der Sohn des Großen Kurfürsten, Vater des Bürger- und Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. und Großvater Friedrich des Großen. Es ging ihm nicht um „Preußens Gloria“, äußere Ehren und Prunk, sondern – um mit Sebastian Haffner zu sprechen – Königtum war ein Stück Macht – wie heute Demokratie.

Das **300. Gedenken** an dieses Datum hat man in Berlin und Brandenburg zum Anlass genommen, das Jahr 2001 (so wie einst das Jahr 1981, damals ohne besonderes historisches Gedenken) zum „**Preußenjahr**“ auszurufen. Aus-

stellungen, Konferenzen, Festschriften werden vorbereitet – nicht zu vergessen Staatsakte. Manfred Stolpe etwa sieht sich gern als moderne Verkörperung des Großen Kurfürsten.

Geschichtsbild

Was kann nun Preußen für ein freiheitlich demokratisches Geschichtsbild im heutigen Deutschland bedeuten?

Ein Blick auf den 18.1.1701 in Königsberg zeigt, dass Friedrich I. sein Königtum einer Staatsidee unterordnete, die auf Christentum und Aufklärung beruhte. Der am Vorabend der Krönung gestiftete Schwarze Adler Orden, Preußens höchster Orden, zeigte unter dem Schwarzen Wappenadler die Worte: „**Suum cuique**“, was soviel heißt, wie „**Jedem das Seine**“. Diese auf Platon und Cicero zurückgehende Devise

wird in den Statuten des Ordens mit „Gerechtigkeit gegen jedermann“ gedeutet.

Der Erlanger Historiker Kurt Kluxen sagt dazu: „Der König war ex officio (von Amts wegen) Wahrer des Rechtsbestandes, Verteidiger und Schirmherr des Glaubens, Treuhänder und Diener für jedermann, um der Untertanen willen“. Das neue Königreich war frei und nur von Gott abhängig. Mit dem aufgeklärten „Suum cuique“ wurde Gerechtigkeit zum Prinzip der Politik. Lange, bevor es eine geschriebene Verfassung gab, wurde ihr Prinzip formuliert: „Jedem das Seine“.

Die bis heute nachwirkende Kriegspropaganda der Alliierten von 1914-1918 sah in Preußen Militarismus und Reaktion, den Ausgangspunkt von Angriffskriegen. Wer etwas freundliches sagen will, stammelt von **Tugenden** (die es überall in funktionierenden Gemeinwesen gibt), von Toleranz und der Aufnahme der Hugenotten.

Das Preußenjahr sollte Anlass sein, in sieben Punkten Preußens Beitrag zur Entwicklung des freiheitlichen Rechts-

staates in Deutschland zu bedenken, um ein demokratisches **Geschichtsbewusstsein** in unserem Land und in unserem Volk zu verankern.

Moderner Rechtsstaat

1. Preußen war **der erste moderne Rechtsstaat** auf dem Kontinent. Was 1701 mit „Jedem das Seine“ begann, wurde unter Friedrich dem Großen mit dem **Allgemeinen Landrecht** vollendet (in Kraft getreten 1794). Nach seiner Thronbesteigung schaffte Friedrich die Folter ab. Preußen war das erste europäische Land, das darauf verzichtete. Der König schrieb 1779 an das Kammergericht: „Sie müssen wissen, dass der geringste Bauer, ja was noch mehr ist, der Bettler eben sowohl ein Mensch ist, wie Seine Majestät sind, und dem alle Justiz muss widerfahren werden. Indem vor Justiz alle Leute gleich sind, es mag sein ein Prinz, der wider einen Bauern klagt, oder auch umgekehrt, so ist der Prinz vor Justiz dem Bauer gleich, und bei solcher Gelegenheit muss pur nach Gerechtigkeit verfahren werden, ohne Ansehen der Person.“

Religionsfreiheit

2. Preußen war der **erste Staat der Religionsfreiheit**. Unmittelbar nach der Thronbesteigung beantwortete der späte Friedrich der Große die Frage, ob – dem Elternrecht entsprechend – weiterhin katholische Bekenntnisschulen in Berlin und Potsdam geduldet werden dürften, mit den Sätzen: „Die Religionen müssen alle toleriert werden und muss daher der Fiscal (Staat) nur darauf das Auge haben, dass keiner der anderen Abbruch tue; denn hier muss ein jeder nach seiner Fassung selich werden.“

Der König ist also nicht, wie selbst Theologen meinen, ein Vertreter einer „laisser-faire“ Haltung, dem Religion gleichgültig ist, sondern tritt für die Religionsfreiheit ein. Als ein italienischer, katholischer Kaufmann aus Frankfurt (Oder) das Bürgerrecht beanspruchte, antwortete er: „und wenn Türken und Heiden kämen und wollten das Land pöpliren (bevölkern), so wollen wir sie Mosqueen und Kirchen bauen lassen“. Voraussetzung war selbstverständlich,

dass sie zuvor den **Eid auf den König** von Preußen leisteten und sich auf die **preußische Leitkultur** einließen.



Prof. Dr. Wolfgang Stribrny:
„Preußen und das Kaiserreich von 1871 haben wesentlich zur Entwicklung der freiheitlichen Demokratie beigetragen.“

Mit der Annektion Schlesiens, das damals eine evangelische Mehrheit hatte, wurden viele Katholiken und der Fürstbischof von Breslau preußische Untertanen. Wie sich während des Siebenjährigen Krieges zeigte, gelang die Integration der schlesischen Katholiken in den preußischen Staat. Ein **Symbol** der preußischen Religionsfreiheit ist die **Hedwigs-Kathedrale** in Berlin, benannt nach der Schutzpatronin Schlesiens. Im Angesicht des Stadtschlusses, am Opernplatz, dessen Planung den König lange beschäftigte, wurde sie 1773 von dem Polen Krasicki, Fürstbischof von Ermland und Mitglied der Tafelrunde Friedrichs, geweiht. Keine andere europäische Hauptstadt hat sonst in ihrem Zentrum die repräsentative Kirche einer Minderheitenkonfession. Wilhelm I. setzte durch, dass in der Oranienburger Straße in Berlin entgegen den Bauvorschriften die Große Synagoge gebaut wurde. Welche Hauptstadt hat eine vergleichbare Synagoge?

Allgemeine Schulpflicht

3. Preußen war **das erste Flächenland mit allgemeiner Schulpflicht** für Jungen und Mädchen. 1717 ordnete Friedrich

Wilhelm I. nicht nur aus praktischen Gründen, sondern auch weil er sein Tun für vergeblich hielt, wenn die Menschen keine Christen werden, die allgemeine Schulpflicht an. Etwa 1750 war sie landesweit von der Maas bis an die Memel bis in entlegene Dörfer durchgeführt. Frankreich hat 1880, Großbritannien 1882 die allgemeine Schulpflicht eingeführt.

4. Die **erste moderne Universität**, in der Forschung und Lehre vereint waren, entstand 1809 in Berlin. Die Berliner Friedrich Wilhelm-Universität wurde so zum Vorbild für die modernen Universitäten – weltweit und bis zum heutigen Tage.

Preußischer Staatsgedanke

5. Der preußische Staatsgedanke ist übernational. Immanuel Kants Großvater war Gerichtsdolmetscher für die litauische Sprache in Memel. Der evangelische Gottesdienst im Memelland wird heute noch nach der litauischen Fassung der altpreußischen Liturgie gefeiert. Im Heimatort der Stribrnys, Husinetz, südlich Breslau, wurde bis 1945 der Gottesdienst in deutsch und tschechisch gehalten (Friedrich der Große hatte die Böhmisches Brüder nach ihrer Flucht vor Maria Theresia dort geschlossen angesiedelt). Erst im April 1848 kam es in Posen zu den ersten nationalen Blutopfern unter Polen und Deutschen. Das Kaiserreich von 1871 bis 1918 ist weithin von Preußen geprägt worden. Wenn in Preußen auch das Dreiklassenwahlrecht weiterhin galt, das bei seiner Einführung 1850 durchaus modern war, so galt auf Reichsebene das Wahlrecht, das in der Paulskirchenversammlung vorgesehen war.

6. Das Kaiserreich von 1871 war die 1. große Macht mit dem **demokratischen Wahlrecht**: allgemein, frei, gleich, und geheim. Frankreich erhielt es erst 1875, Großbritannien 1918.

7. Aus christlicher Verantwortung und preußischer Tradition wurde, so die Begründung in der entsprechenden Erklärung Kaiser Wilhelms I., Deutschlands seit 1881 der **erste Sozialstaat** der Welt. Zuerst bei uns wurde vom Staat für Witwen und Waisen von Ar-

beitern, für alte und schwache Arbeiter gesorgt.

Preußen und das Kaiserreich von 1871 haben wesentlich zur Entwicklung der freiheitlichen Demokratie beigetragen. Das sollte im Preußenjahr 2001 bedacht werden und in die politische Bildung Eingang finden. ■

Anm.:

Prof. Dr. Wolfgang Stribrny ist Historiker und er war bis zu seiner Pensionierung an der Universität Flensburg tätig.

Der EAK- Niedersachsen lädt ein zur:

EAK-Landestagung

Sonnabend, 24. Februar 2001
12-14 Uhr

Hotel Wienecke XI,
Hildesheimer Str. 380
30519 Hannover
(ehem. Gelände Brauerei Wülfel)

**„Suchet der Stadt Bestes-
Evangelische Verantwortung des
Einzelnen vor Ort“**

mit: Landessuperintendent
Jürgen Johannesdotter,
Dr. Bernhard Felmberg,
Bundesgeschäftsführer des EAK
der CDU/CSU,
Christian Wulff,
Landes- und Fraktionsvorsitzender
der CDU in Niedersachsen

Anmeldung erbeten:

Frau Heidelore Fricke
EAK-Landesgeschäftsführerin
des EAK Niedersachsen
Böttcherstraße 7
30419 Hannover
Tel.: 05 11-2 79 91 27
Fax: 05 11-2 79 91 45

In der Gegenwart des Ewigen

Hans v. Keler zum 75. – Der württembergische Altlandesbischof in Predigten, Aufsätzen, Vorträgen

Ursula Schmidt-Goertz

„Wenn schon die weite Reise – dann auch Predigtdienst“ – so steht es, wie immer handschriftlich, als er einer Einladung ins Rheinland zusagt. So ist er eben: Hans v. Keler, Altlandesbischof der Württembergischen Evangelischen Kirche. Ein „Dienst“, den er seit einem halben Jahrhundert in „evangelischer Verantwortung“ den Menschen leistet – zwischen Gott und der Welt, zwischen Himmel und Erde und zwischen West und Ost. So ist auch das Lebensbild überschrieben zu der Festschrift, die ein namhafter Freundeskreis zum Geburtstag des ehemaligen Oberhirten im Schwabenland herausgegeben hat.



Ursula Schmidt-Goertz

Familiärer Hintergrund- Lebensstationen

Hans v. Keler ist 75 geworden am 12. November 2000. Sein eigener Lebensweg und das Schicksal von Generationen seiner Familie lassen die Geschichte Mitteleuropas während 500 Jahren vorüberziehen. Aus dem im 16. Jahrhundert habsburgisch-katholischen Breisgau waren die evangelischen Vorfahren nach Ungarn ausgewandert, besaßen dort Bauernhöfe und Güter, bauten Wein an. So kamen wohl die Trauben ins Adelswappen, 1699 verliehen von Kaiser Leopold I. in Wien. In Bielitz-Biala betrieb die Familie v. Keler vier Generationen lang die Apotheke. Hier in den Beskiden, den westlichen Ausläufern des Karpatenbogens im Grenzraum Polen/Tschechoslowakei, wuchs der junge Hans mit dem älteren Bruder auf. Die zu 80 Prozent deutsche Stadt war eine „Insel im polnischen Meer“ mit deutschem Gymnasium, deutsch-evangelischer Lehrerbildungsanstalt und selbständigen deutsch-evangelischen Kirchen, die nicht auf Steuern bauen konnten. „Es geht auch in Freiheit“, sagt der Bischof rückblickend nicht ohne Stolz, „den Pfarrer, die Gebäude, Schulen und Kindergarten zu unterhalten.“

Schon früh lernte der Knabe in Vaters Apotheke das Rechnen und ist sich bis heute sicher, dass die Ordnung im Geist auch etwas mit der Ordnung in den Kassen zu tun hat. Kann es da verwundern, dass ihn **die Schwaben zum ersten Nichtschwaben ins Stuttgarter Bischofsamt wählten?** Das schien ihm nicht in die Wiege gelegt, denn unter normalen Umständen wäre Hans v. Keler sicher auch Apotheker geworden. Doch wenige Monate vor Kriegsende noch eingezogen, fand er bei der Heimkehr die Eltern nicht mehr und die Stadt zerstört. Später erfuhr er, dass der Vater im Lager Nickelsdorf umgekommen war; die Mutter sah er erst 1949 nach vier Jahren polnischer Zwangsarbeit wieder. Wie Millionen deutscher Menschen in dieser Zeit wanderte der Zwanzigjährige quer durch Deutschland zur Adresse eines Freundes seines gefallenen Bruders und wurde im sowieso schon drangvollen Pfarrhaus von Althengstett/Württemberg liebevoll aufgenommen.

Nach dem Studium in Tübingen schickte ihn seine Kirche alle paar Jahre in neue Aufgabenfelder: **Stadt- und Landgemeinden, Mädchenwerk der Landes-**

Kirche, Herrenberger Schwesternschaft – Herausforderungen, die ihm eine Fülle von Erfahrungen bescherten –, schließlich als Prälat mit Frau Brigitte und drei Kindern nach Ulm. Dann „war er dran“, so schrieb sein Nach-Nachfolger, Bischof Eberhardt Renz, „Gerade er, der ganz woanders herkam als aus dem gut pietistischen Schwabenland. Er, der „Regionalbischof“ für das überwiegend katholische Oberland; denn evangelische Diaspora – die war ihm von Jugend auf bekannt.“

Amtsverständnis

Fast zehn Jahre lang (1979-1988) hat Hans v. Keler dieses Amt geprägt. Da war er nicht immer bequem, denn mit der Ordnung der Württembergischen Kirche nahm er es ernst: **Synodale Verfassung mit episcopaler Spitze!** Renz bestätigt ihm, dass er entsprechend dem Artikel 28 des Augsburger Bekenntnisses bei aller Toleranz „des Bischofen Gewalt gelebt, verstanden und umgesetzt“ habe. Dank für Klarheit und Ermutigung schulde ihm seine Kirche – und so breiten die Herausgeber einen wahren „Schatz“ aus dem Koffer am Herrenberger Wohnsitz aus. Eine Auswahl nur – „kaum 20 Prozent“ – und doch sind 500 Seiten daraus geworden, umfassend die letzten zwei Jahrzehnte seines Wirkens im Weinberg des Herrn. Dies ist genau die Zeit, in der die „Predigten, Vorträge und Aufsätze aus der Lebensarbeit eines Bischofs“ (so der Untertitel der Sammlung) die Reichtümer ausschöpfen und weitergeben können, die dem **aufrechten Lutheraner** in so vielen Aufgaben zugewachsen sind, die er ausgewertet und verarbeitet hat.

Da vermittelt er der Gemeinde, die „zu wissen wünscht, was gelten soll“, einen Leitfaden christlichen Verhaltens in der Welt von heute; seiner Kirche rät er, „über den Zaun zu schauen, den apostolischen Auftrag zu beherzigen, zu leben und in der Gesellschaft wahrzunehmen.“ Hans v. Keler legt immer den Kern eines Problems frei - als Theologe, als Bischof, als Kirchendiplomat. Das wird vor einem weitgespannten kirchlichen, historischen und kulturellen Hintergrund Seite um Seite zum atemberaubenden Leseerlebnis.

In dieses „Lesebuch mit vielen Gedanken“ kann man einsteigen je nach Neigung und Anlass, „Lust und Laune“, lässt sich von den **Predigten** fesseln oder von den Aufsätzen zu drängenden Fragen der Zeit: **Wirtschaft und Technik, gesellschaftlicher Strukturwandel, Berufsethos, Diakonie, zur Ökumene wie zur Zukunft der Kirche.**

Ökumene

„Du hast meine Füße auf weiten Raum gestellt“ – dieses Wort erweist sich in Vorträgen, die v. Keler im Dienst der EKD, als Mitglied des **Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖKR)** und des **Lutherischen Weltbundes** wahrnahm. Nicht nur! Denn außerdem waren ihm die Kontakte zur katholischen Kirche und zur Orthodoxie anvertraut, die er in freundschaftlicher Weise pflegte – und zum **„Bund Evangelischer Kirchen in der DDR“**, als „besondere Gemeinschaft“ bewusst aufrechterhalten hat. Da bedurfte es des Fingerspitzengefühls, um die 1968 erzwungene Trennung nicht zum endgültigen Riss werden zu lassen. Dennoch fragt sich der Bischof: „Viele von uns forderten ... eine gleiche Distanzierung von den Staatsformen in West wie Ost. Damit wurden unerlässliche Wertunterschiede zwischen realer Demokratie und realem Sozialismus verharmlost. „Mut zur Wahrheit schließe auch Differenzierungen ein – und bei aller Rücksicht auf die Freunde hätte mindestens im internen Bereich Klarheit und Eindeutigkeit herrschen müssen.“

Am 15. Januar 1990 (anlässlich des **Mauerfalls**) schreibt er der EKD ins Stammbuch: „Zurückhaltung bei dem ausgelassenen Freudentaumel in allen Ehren. Besonnenheit tut Not ... Aber unsere sog. „engagierte Zurückhaltung“ muss Herztöne hören lassen. **„Seelsorge an der Nation ist nötig.“** Und 1992: „Wir Deutschen hätten als glückliche Familie allen Grund, uns über die Wiedervereinigung zu freuen. Aber siehe da, jeder Teil ist unglücklich auf seine besondere Art.“ „Die Welt ist anders, als wir uns wünschen ... Viele protestierten vor einem Jahrzehnt im Westen gegen Nachrüstung und Raketenstationierung. Was hätten sie wohl erreicht, wenn sie erfolgreich gewesen wären?“

Aus eigener Erfahrung spricht er, wenn er geschichtliche Wahrhaftigkeit fordert im Umgang mit heute eher vernachlässigten Themen wie Vertreibung und Aussiedlung, zur Geschichte im Osten, zu den Ursachen der Weltkriege, zu Stalin und dem Marxismus, zur DDR - und selbstverständlich spricht er auf einem Soldatenfriedhof in Polen. „Heimat“ ist für den selbst Heimatvertriebenen mit einem Zitat von Christine Brückner „kein Verdienst, sondern ein Geschenk. Größen- und Zeitmaße stammen von dort ..., Urvertrauen ..., Gottvertrauen. Deutsch ist kein Wertbegriff...“.



Dr. Hans v. Keler, Alt-Landesbischof der evangelischen Landeskirche in Württemberg.

Aber der Auslandsdeutsche Hans v. Keler, der längst im Schwäbischen Wurzeln geschlagen hat, erinnert, „welch ein Geschenk für uns die deutsche Sprache war. ... Was einer nie vermisst hat, weiß er kaum zu schätzen. Was prägt uns doch alles, ohne dass wir es wissen? Geburtsort als „Universum im Kleinen“, wie Paul Tillich es beschrieb. „Heimat ist, wo ich mich nicht erklären muss“ – das ist es. Punkt. Damit gab Hans v. Keler noch viele Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Bischofsamt als **Beauftragter der EKD für Vertriebene und Aussiedler** seinen späten Schicksalgefährten Geborgenheit. Gerade auch dann, wenn sie sich in den „neuzeitlichen“ Kirchen des Westens verloren fühlten und schon 200 eigene Russlanddeutsche Gemeinden gegründet haben, oder wenn sie als bereits vor

Jahrzehnten Heimatvertriebene gern auch mal z. B. einen schlesischen Gottsdienst feiern.

Kritisch analysiert er Innerkirchliches: „Vom Geist der neuen Zeit“, vom „Umgang mit Macht und Verantwortung“, von „Freiheit und Bindung“, ja, sogar von „überzogener Toleranz“. Der tiefgläubige „Kirchenfürst“ sieht sich vor allem als Hirte, sorgt sich um Seelsorge, um die ganzheitliche Betreuung des Menschen in hochtechnisierten Krankenhäusern und in modernen Sozialstationen, um Experimente mit dem menschlichen Leben, um Erziehung, um Kirche in einer säkularisierten Welt, um die Jugend, um innere und äußere Mission, deren Früchte er auf weiten Reisen in Ost und Süd erlebte.

In seiner Ansprache zur Verleihung der **Ehrendoktorwürde** (1982) der Tübinger ev.-theologischen Fakultät dankt er der Hochschule, dass sie „einer jungen Generation zum Sehen ver helfe und Freude an geistlichen Einsichten weitergebe.“ Zum Pfarrdienst selbst stellt er an den Nachwuchs – wen wundert's? – strenge Forderungen mit einem Kriterienkatalog und bittet die Besetzungsgremien um Wahrnehmung ihrer Verantwortung. Da spricht der „episcopus“ aus dem Schatz seines kulturgeschichtlichen Bildungshorizonts, wenn er im behutsamen Umgang mit der Sprache und doch (unmiss-)verständlich an den Menschen, die es angeht seinen Auftrag wahrnimmt, furchtlos, standhaft. Er ruft sie auch zur Dankbarkeit auf für einen Reichtum heute, wie unsere Voreltern ihn nie gekannt haben: An Lebenszeit, Lebensgenuss, Gesundheitsfürsorge, Informationsfülle, Bildungs- und Urlaubsmöglichkeiten, äußerer und innerer Freiheit. **Darum dürften wir den Blick für andere Kontinente und die unserer Hilfe hierzulande Bedürftigen nie verlieren.**

So bleibt er in allem ein Pontifex zwischen der Schrift von vor 2000 Jahren und den Menschen heute, ein **Brückenbauer**, der sich versteht in der Gegenwart des Ewigen. Die lässt er leuchten in einem Wort von Martin Buber: „Meinen wir denn ein Buch, wenn wir die Bibel nennen? Wir meinen die Stimme, Bibel als Stimme Gottes; darauf bleiben

wir angewiesen, dass wir diese Stimme hier vernehmen.“ – Ein Buch, in dem man sich festlesen kann. Dank an Hans v. Keler, Dank den Freunden, die es uns schenkten. ■

Anm.:

Ursula Schmidt-Goertz ist Journalistin. Dieser Beitrag stützt sich auf das Buch von Paul Gerhard Eberlein u.a. (Hrsg.): Hans v. Keler / Predigten, Vorträge und Aufsätze aus der Lebensarbeit eines Bischofs. 500 S., reicher Bildanhang. Hänssler Verlag 2000, ISBN 3-7751-3625-8, 34,90 DM.

Bücher

**Albert Zimmermann:
Thomas lesen
frommann-holzboog,
Cannstatt 2000
ISBN 3-7728-20005-0
58,- DM**

Albert Zimmermann liefert mit seinem Buch „Thomas lesen“ einen „Versuch“, **Thomas von Aquin (1226-1274)**, den großen Theologen der Dominikaner, als philosophischen Partner für die philosophischen Grundfragen heutiger Zeit ins Gespräch zu bringen. „Wenn philosophische Grundfragen sich im Verlauf der Geschichte wiederholen, sei dies auch in wechselnder Verkleidung, dann verdienen diejenigen, die sich in besonderer Weise auf sie eingelassen haben, immer wieder Aufmerksamkeit.“ (13) Dies gilt vor allem für Thomas von Aquin als originären Denker, der vorurteilsbeladene Ablehnungen und unkritisches Nachreden entschieden kritisierte.

Das Buch gliedert sich in acht Kapitel, wobei das erste Kapitel den Titel „Leben und Werke“ trägt, so dass das Denken und Schreiben des Dominikaners nicht nur eine Rückbindung an seine Biographie zulässt, sondern sich dem Leser auch die theologisch-historische Großwetterlage des 13. Jahrhunderts erschließt. Schön sind die Einblicke, die Albert Zimmermann dem Leser in die Charakterzüge des meistens hinter seinen sachlichen Abhandlungen versteckten Gelehrten gewährt.

Sechs Kapitel führen einen in die wesentlichen Fragestellungen ein: „Glauben und Wissen“, „Die Wissenschaft und ihre Einteilung“, „Grundzüge der Seinslehre“, „das Erkennen“, „Vom Menschen“, und „Das menschliche Handeln“.

Eine grundsätzliche Frage stellt sich hinsichtlich der Beziehung des Theologen zum Philosophen. Kann man eigentlich den Philosophen Thomas ernst nehmen, der doch als Theologe an Dogmen glaubt und sich diesen verpflichtet fühlt? Setzt philosophisches Denken nicht Freiheit des Denkens voraus?

Von Thomas selbst ist zu lernen, dass es keinen Widerspruch „zwischen der Glaubenswahrheit und der Wahrheit des Verstandes geben kann, mag auch die Wahrheit des christlichen Glaubens über das menschliche Fassungsvermögen hinausragen.“ (68) Und Zimmermann folgert zu Recht: „An der hier erkennbaren Einstellung zu Vernunft, Wissenschaft und Philosophie kann jeder Partner eines philosophischen Gesprächs ermessen, inwieweit ein christlicher Denker wie Thomas für die philosophische Diskussion frei ist.“ (70)

Über dieses Ermessen möchte Zimmermann dem Glauben im philosophischen Gespräch wieder eine Möglichkeit eröffnen, an den gegenwärtigen Fragen philosophischer Provenienz teilnehmen zu können. Dass dies notwendig ist, zeigt die Wirkungsgeschichte. Obwohl Interesse bestand, Lehrsätze des Aquinaten zu verurteilen und dies auch offiziell geschah, konnte sein Lehrgebäude nicht eingerissen werden. **1323 wurde Thomas heilig gesprochen, 1325 auch die letzten Verurteilungen aufgehoben.** Seine Schriften wurden zum Lehrstandard.

Erst die Reformation, vor allem Luther, wandte sich entschieden gegen den theologischen Aristotelismus thomistischer Prägung, indem er das Wort der Bibel verdreht und geknechtet sah. Doch auch die evangelische Theologie schenkt Thomas von Aquin heute ihre, wenn auch weiterhin kritische, Aufmerksamkeit.

1567 wurde Thomas von Aquin durch die Kurie zum Kirchenlehrer erhoben. Durch die philologisch-historische Auseinandersetzung mit den Texten des Aquinaten, herrscht heute ein gesteiger-

tes Interesse, sich mit den Gedanken des großen Dominikaners auseinanderzusetzen.

Um mit den Gedanken des Aquinaten bekannt zu werden, ist das Buch von Albert Zimmermann eine große Hilfe und nicht nur ein „Versuch“. In den Kapiteln gelingt es dem Autor die thomatische Intention dem Leser nahe zu bringen, ohne diese durch philosophische „Binnensprache“ zu verdecken. Das Buch „Thomas lesen“ regt an, zu einer Originalschrift zu greifen.

Felmberg

Aus unserer Arbeit

■ Landestagung des EAK der CDU Württemberg

Stuttgart: Bei seiner Landestagung im Dezember 2000 diskutierte der EAK der CDU Württemberg über das Thema „Kirchensteuer – Krise im Verhältnis von Staat und Kirche“. Die Sicht der Union legte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Günther Oettinger** dar, während die damit für die Kirche verbundenen Probleme und Herausforderungen **OKR Beatus Fischer** erörterte. Für Günther Oettinger ist das Verhältnis von Staat und Kirche durch Partnerschaft und Kooperation gekennzeichnet. Entscheidend sei das Prinzip der Subsidiarität. Aufgaben, die die Kirchen im sozialen Bereich, in der Jugendarbeit und bei der Wertevermittlung in den Schulen übernehmen, entlasten den Staat. Zur Finanzierung sei die Kirchensteuer das geeignete Instrument, da sie eine verlässliche langfristige Planung ermögliche. Die Kirchensteuer stehe durch den europäischen Ein-

gangsprozess nicht auf dem Prüfstand, da sie in den Bereich der nationalen Gesetzgebung gehöre. Dazu kämen die Erstattung der Kosten durch den Staat für den erteilten Religionsunterricht. In Zukunft müsse die Kirche versuchen, ihre Ausgaben mehr als bisher durch Stiftungen, Sponsoren und Spenden abzudecken, da im Zuge der Steuerreform die an die Lohnsteuer gekoppelte Kirchensteuer zurückgehen werde.

OKR Beatus Fischer erläuterte, welche Elemente bisheriger Steuerreformen die Einnahmen aus Kirchensteuern sinken ließen. Die Höhersetzung der Grenzen bei steuerbefreiten geringen Einkommen und die Reform der 630,- DM – Beschäftigungsverhältnisse führte zu einem Kirchensteuerausfall in Höhe von mehreren Millionen DM. Die Umschichtung von direkte auf indirekte Steuern führe ebenfalls zu Einnahmeausfällen. Die Kirche reagiere darauf durch Stellenabbau, versuche in der letzten Zeit verstärkt durch Sponsoren und Stiftungen Personalstellen zu finanzieren. In der Diskussion mit den Teilnehmern der Landestagung forderten diese den OKR auf, besonders für den Erhalt der evangelischen Kindergärten einzutreten und dafür am christlichen Glauben ausgerichtetes Personal bereitzustellen.

In der sich anschließenden Vorstandswahl des EAK Württemberg wurden **Ulrich Hirsch**, der Leiter des Gustav-Adolf-Werks, zum 1. Vorsitzenden und als stellv. Vorsitzende der **Pfarrer Johannes Bräuchle** und der **Diplom-Theologe Peter Schuster** gewählt. Neben dem Altlandtagspräsidenten **Erich Schneider** gehören dem Landesvorstand als Beisitzer **Pfarrer**

Gerhard Eisele, Hannelore Laukemann, Walter Meng, Dr. Margarete Pesall, Harald Pfeiffer, Dr. Martin Schmid und **Pfarrer Albrecht Traub** an.

Abschließend fasste die Landestagung den Beschluss, bis zum **Oktober 2001** die bisher getrennten Landesverbände des EAK in Baden und Württemberg zu einem **gemeinsamen Landesverband EAK Baden-Württemberg** zusammenzuführen.

(Peter Schuster)

■ Werteeziehung im Rahmen des Religionsunterrichts

Nürnberg: Anlässlich des EAK-Jahresempfangs des CSU Bezirksverbandes Nürnberg-Fürth-Schwabach sprach sich der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, **Karl Freller**, für den Religionsunterricht als wichtigstes Fach für die Werteeziehung in der Schule aus. Dieser sei keine Sonderleistung des Staates an die Kirchen, sondern notwendig für die Sicherung von Grundlagen, ohne die eine freie und tolerante Gesellschaft nicht bestehen könne. Im Religionsunterricht gehe es



Karl Freller, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultur.

nicht nur um die Auseinandersetzung mit den Werten und Normen, die für die eigene Lebensgestaltung und für das Zusammenleben der Menschen gültig sei. Es gehe auch um deren Ursprung und ihre Begründung und um die Frage nach Ziel und Sinn des menschlichen Lebens.

Freller betonte angesichts problematischer Familienstrukturen, zunehmenden Materialismus und steigender Gewaltbereitschaft würde die **Schule immer mehr als Erziehungsinstanz an Bedeutung gewinnen**. Der Religionsunterricht motiviere und befähige, Verantwortung zu übernehmen und gesellschaftliche Aufgaben wahrzunehmen – zum Beispiel im sozialen, ökologischen oder politischen Bereich. Gerade in einer von Selbstbezogenheit und Individualisierung geprägten Zeit werde das soziale Lernen für die Kinder immer wichtiger! „Experimente à la Brandenburg“ mit dem Unterrichtsfach „Lebensgestaltung - Ethik - Religionskunde“ schließt Staatssekretär Freller für Bayern aus.

■ „Freiheit und Bindung“ Vom Turmbau zu Babel bis zur Genomanalyse

Hermannsburg: „Der Exodus, der Marsch Israels aus der Unfreiheit, führte nicht in die unbegrenzte Freiheit, sondern an den Sinai – unter Gottes Gebote.“ **Walter Meyer-Roscher**, bis vor einem Jahr Hildesheimer Landessuperintendent, schürfte tief, als er am bei der **Tagung des EAK der CDU Niedersachsen in der HVHS Hermannsburg** das Thema „Der Mensch: zur Freiheit berufen, zur Verantwortung gestellt“ behandelte.

Er meinte, nur wenn die Freiheit in der Verantwortung gegenüber dem Nächsten und in der Bindung an Gott ihre Begrenzung finde, sei sie dem Menschen dienlich.

Die Frage nach der freiheitssichernden und -begrenzenden Funktion des Staates behandelte der Direktor des Bundesrates, **Prof. Georg-Berndt Oschatz**, in einem sehr engagierten Vortrag. Er knüpfte an die „Virginia bill of rights“ von 1876 an: „Eine freie Regierung und die Segnungen der Freiheit können einem Volk nur erhalten werden durch strenges Festhalten an der Gerechtigkeit, Mäßigung, Enthaltbarkeit, Sparsamkeit und Tugend und häufiges Zurückgreifen auf die Grundprinzipien.“ **Oschatz** dazu: „Schrankenlose Freiheit führt zur Anarchie und die notwendige Freiheitsbegrenzung steht und fällt mit der sittlichen Verfassung eines Volkes“ – und: „der Ursprung der Freiheit ist das Christentum, auch wenn sie oft gegen die Kirche erstritten werden musste.“

Der frühere Leiter der HVHS, **Dr. Martin Müller, Oliver Schulze** von der Jungen Union und der EAK Bundesgeschäftsführer, **Dr. Bernhard Felmberg**, führten mit ihren Impulsreferaten zum Thema „**Wieviel Freiheit vertragen wir – wieviel Bindung brauchen wir?**“ in eine lebhaft Diskussion ein. **Dr. Felmberg** vertrat den Standpunkt, dass diejenigen, welche Freiheit „ohne ideologische Scheuklappen“ fordern, in den Verdacht geraten, den babylonischen Turm neu aufzubauen. Sie erkennen keine Grenzen, auch nicht die von Gott gesetzten. **Meyer-Roscher** zitierte als Beispiel dazu den Naturwissenschaftler James Watson, der der pränatalen Selektion zu Lasten des „Le-

bens ohne Erfolgchance“ das Wort rede. **Oliver Schulze** bezog sich mit seiner Mahnung, die Menschen würden in Zukunft „mehr Freiheit vertragen müssen“ auf die jüngste Shell-Jugendstudie. Die Aussage, junge Menschen bejahten durchaus Werte, „bastelten“ sich ihren Wertekosmos aber selbst und seien nur solange bereit, sich daran zu halten, wie er sie im Ausleben ihrer Freiheit nicht behindere, traf auf kritische Nachfragen der Zuhörer.

Einen erschütternden Bericht gab der Südafrika-Referent im Hermannsburger Missionswerk, **Pastor Dieter Schütte**, zu der Frage, ob AIDS in Südafrika die gerade gewonnene Freiheit wieder gefährdet. Wie ernst er es damit meinte, belegte u.a. die Zahl, **dass die durchschnittliche Lebenserwartung in Botswana innerhalb von 10 Jahren von 65 auf unter 40 Jahre gesunken ist.**

Nach der nunmehr 20. Tagung übernahm **Hans Bookmeyer**, MdL, vom langjährigen Landesvorsitzenden des EAK und Begründer dieser Seminare, **Gustav Isernhagen**, die zukünftige Planung dieser erfolgreichen Veranstaltungsreihe.

(Gustav Isernhagen)

■ Christliche Grundverantwortung in der Politik zum Klingen bringen

Schönaich/Kreis Böblingen: Für ein verstärktes Engagement von Christen in der Politik plädierte der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, **Hartmut Steeb**, während einer Veranstaltung des EAK im CDU-Kreisverband Böblingen. „Politik ist kein schmutziges Ge-



EAK Kreisvorsitzender Dr. Norbert Lurz, Hartmut Steeb Generalsekretär der DEA und der stellv. EAK-Vorsitzende Willi Rehmann.

schaft, sondern auch für be- kennende Christen eine der herausragendsten Tätigkeiten, die es gibt“, unterstrich Steeb. Neutralität in bezug auf politische Fragen gebe es nicht. Christen in der Politik sollen die „christliche Grundverantwortung zum Klingen bringen“. Für ihn bedeute dies, dass gemäß der Präambel des Grundgesetzes politische Entscheidungen in Verantwortung vor Gott gefällt werden. Als Beispiele nannte Hartmut Steeb den unzureichenden Schutz des ungeborenen Lebens, die Stärkung

der Familien und die Aufrichtigkeit in Fragen des persönlichen Umgangs mit dem Geld des Steuerzahlers, wie auch das Verhalten von Politikern mit dem politischen Gegner. Von der CDU erwartet Steeb konkret Initiativen gegen die Präimplantationsdiagnostik und gegen pornographische Darstellungen in den Medien. Außerdem müsse das Familiengeld in bezug auf eine bessere finanzielle Ausstattung der nichtberufstätigen Mütter deutlich akzentuiert werden.

(Dr. Norbert Lurz)

Den beiden Spendenaufrufen vom Sommer und vom Winter 2000 in der „Evangelischen Verantwortung“ sind 291 Personen nachgekommen. Sie haben insgesamt 19.482,88 DM gespendet. Dieser Betrag macht die Finanzierung der „Evangelischen Verantwortung“ in Höhe von 165.000 DM ein wenig leichter. Wir bedanken uns herzlich und hoffen, dass die angestrebte Zahl von 500 Spendern bald erreicht wird.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Konto: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 112 100-500
oder
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 56267

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Silke Adam, Dr. Bernhard Felmborg, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel. (030) 22070-432, Fax (030) 22070-436 · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach
PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · A 05931

38. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



Das „C“ – Anspruch und Herausforderung im 21. Jahrhundert

16./17. März 2001, Maritim Hotel am Schloßgarten, Pauluspromenade, Fulda

Freitag, 16. März 2001

14:00 Uhr Eröffnung der 38. Bundestagung
Jochen Borchert, MdB,
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

Delegiertenversammlung
Neuwahlen zum Bundesvorstand

19:00 Uhr **Theologisches Abendgespräch**
in der Christuskirche:
„**Evangelisch Glauben – Ökumenisch Handeln**“

Bischof Dr. Joachim Wanke, Diözese Erfurt

Kirchenpräsident Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Steinacker, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau

Moderation: Hessische Kultusministerin
Karin Wolff, MdL

21:00 Uhr „**Abend der Begegnung**“
im Fuldaer Schloss auf Einladung des Oberbürgermeisters Dr. Rhiel

Samstag, 17. März 2001

9:00 Uhr **Geistliche Morgenbesinnung**
(Christuskirche)

Öffentlicher Teil:

10:00 Uhr **Dr. Angela Merkel**, MdB
Bundesvorsitzende der CDU:
Das „C“

Anspruch und Herausforderung im
21. Jahrhundert

11:00 Uhr **Bischof Dr. Martin Hein**,
Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck
„Gibt es christliche Politik?“

13:30 Uhr Besichtigung des Fuldaer Doms,
des Dommuseums und der Michaelskirche

Bitte fordern Sie das Einladungsprogramm unter:
Telefon 030/22 07 04 32 an. Wir nehmen Sie gerne in
den Verteiler auf. Anfang Februar wird die Einladung
mit Anmeldekarte verschickt.

Unsere Autoren:

Katherina Reiche, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bischof
Axel Noack
Am Dom 2
39104 Magdeburg

Dr. Hans Peter Mensing
Stiftung Bundeskanzler-
Adenauer-Haus
53604 Bad Honnef

Prof. Dr. phil.
Wolfgang Stribny
Malteserstraße 1
55566 Bad Sobernheim

Ursula Schmidt-Goertz
Robert-Schumann-Straße 19
51469 Bergisch Gladbach